Digitalisierung des Vernehmlassungsverfahrens

Erfahrungen des Kantons Bern

Philippe Dietschi
Leiter Recht und Führungsunterstützung
Staatskanzlei des Kantons Bern

Kanton Zürich

Gerne unterbreiten wir Ihnen den beiliegenden Entwurf und Bericht der STGK vom 17. Mai 2024 (KR-Nr. 442a/2020) zur Vernehmlassung. Wir laden Sie ein, uns Ihre Stellungnahme bis zum **Donnerstag, 31. Oktober 2024,** elektronisch an kanzlei.gsji@ji.zh.ch oder per Axioma-Schnittstelle zukommen zu lassen. Im Interesse einer einfachen und schnellen Auswertung bitten wir Sie, Ihre Stellungnahme direkt in das dafür vorgesehene Antwortformular einzutragen.

Demokratis Beta

Vernehmlassungen für alle.

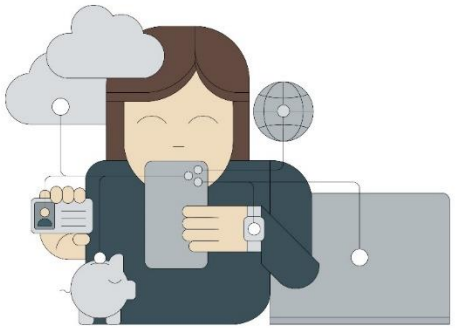
Politische Teilhabe sollte einfach, zugänglich und effizient sein. Doch Vernehmlassungen sind oft komplex und zeitintensiv. Demokratis ändert das – und macht den Prozess schnell, transparent und wirksam. Wir bringen Standpunkte zusammen, schaffen Klarheit und ermöglichen einfache Mitgestaltung.

Programm

1. Geschichte und Ziele der E-Mitwirkung im Kanton Bern
2. E-Mitwirkung konkret
3. Konkrete Erfahrungen bei der Einführung und Nutzung
4. Erkenntnisse aus der digitalen Vernehmlassung

Die Geschichte der E-Mitwirkung im Kanton Bern

- 2020: Versuchsweise Einführung für die Mitwirkung zu den kantonalen Richtplananpassungen
- 2022: Entscheid zur gesamtkantonalen Einführung der E-Mitwirkung
- 2022/2023: E-Mitwirkung als eines der Projekte zur digitalen Transformation (Regierungsrichtlinien 2023-2026)
- 2023-2026: gesamtkantonale Nutzung der E-Mitwirkung in einer Versuchsphase



Ziele der E-Mitwirkung im Kanton Bern

Digitale Plattform als Mehrwert und Erleichterung...

..für die Mitwirkungs-Teilnehmenden

- verbesserte Möglichkeit, sich zu **informieren**
- Stellungnahmen können **kollaborativ erarbeitet** werden
- Stellungnahmen können **einfach erfasst und übermittelt** werden

..für die Kantonsverwaltung

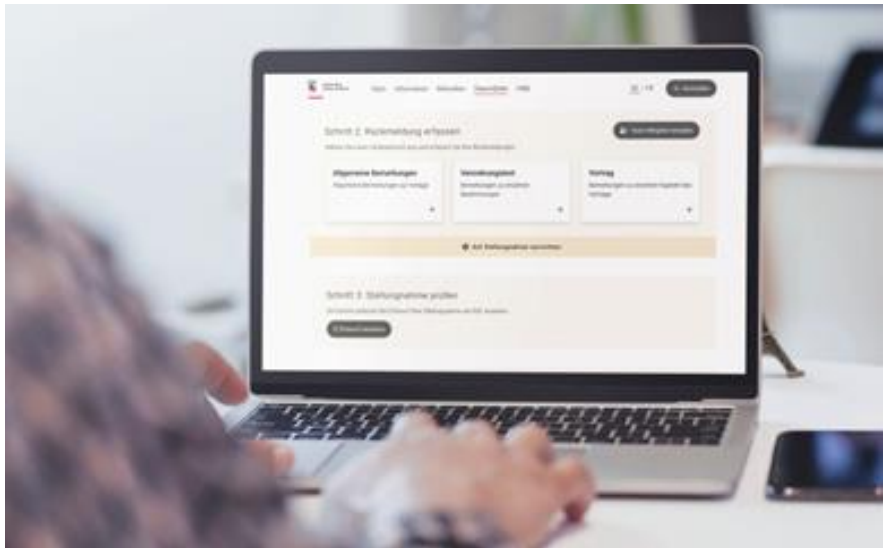
- die Fragestellungen zu Kantonsvorhaben können **gezielter** erfolgen
- geringerer administrativer Aufwand: Rückmeldungen treffen **strukturiert** und **in einheitlicher Form** ein
- Rückmeldungen können auf der Plattform **kollaborativ beurteilt** werden

E-Mitwirkung konkret: Vernehmlassungsverfahren im Kanton Bern

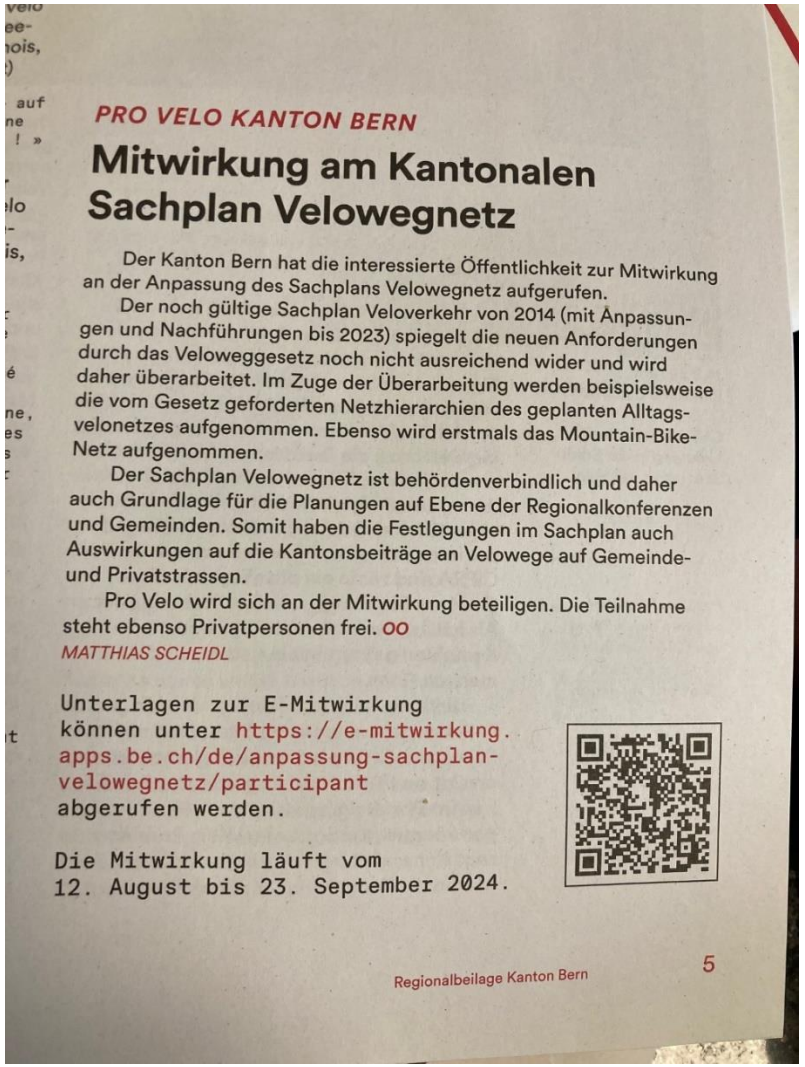
	Bisheriger Prozess	E-Mitwirkung
Bereitstellung der Unterlagen und Einladung	• Publikation der Dokumente auf der Kantonswebsite • Manueller E-Mail-Versand an Vernehmlassungsadressat:innen	• Standardisierte Bereitstellung der Unterlagen auf der E-Mitwirkungsplattform • Personalisierte Einladung (E-Mail) via Plattform
Erarbeitung und Abgabe der Stellungnahme	• Interne Koordination innerhalb der Organisation • Abgabe in unterschiedlichen Formaten (Papier, E-Mail); evtl. ohne direkten Inhaltsbezug	• Kollaborative Erarbeitung mit Team-Funktion direkt auf der Plattform • Strukturierte Stellungnahme (Rückmeldung direkt zum jeweiligen Textinhalt)
Auswertung der Stellungnahmen	• Manuelle Zusammenfassung in Word-Tabelle • Inhaltliche Auswertung in GEVER bzw. Word-Tabelle	• Automatische, strukturierte Gliederung • Kollaborative inhaltliche Auswertung auf der Plattform

E-Mitwirkung konkret: Anwendungsbereiche der E-Mitwirkung

- Vernehmlassungsverfahren zu Erlassen: Gesetzes- und Verfassungsrevisionen [19 E-Mitwirkungen zwischen 2023-2025]
- Konsultationsverfahren zu Verordnungen [12]
- Mitwirkungen in Planverfahren [6]:
  Richt-, Sach-, Strassen-, Wasserbaupläne
- Informelle Befragungen zu weiteren Vorhaben (Strategien etc.) [11]

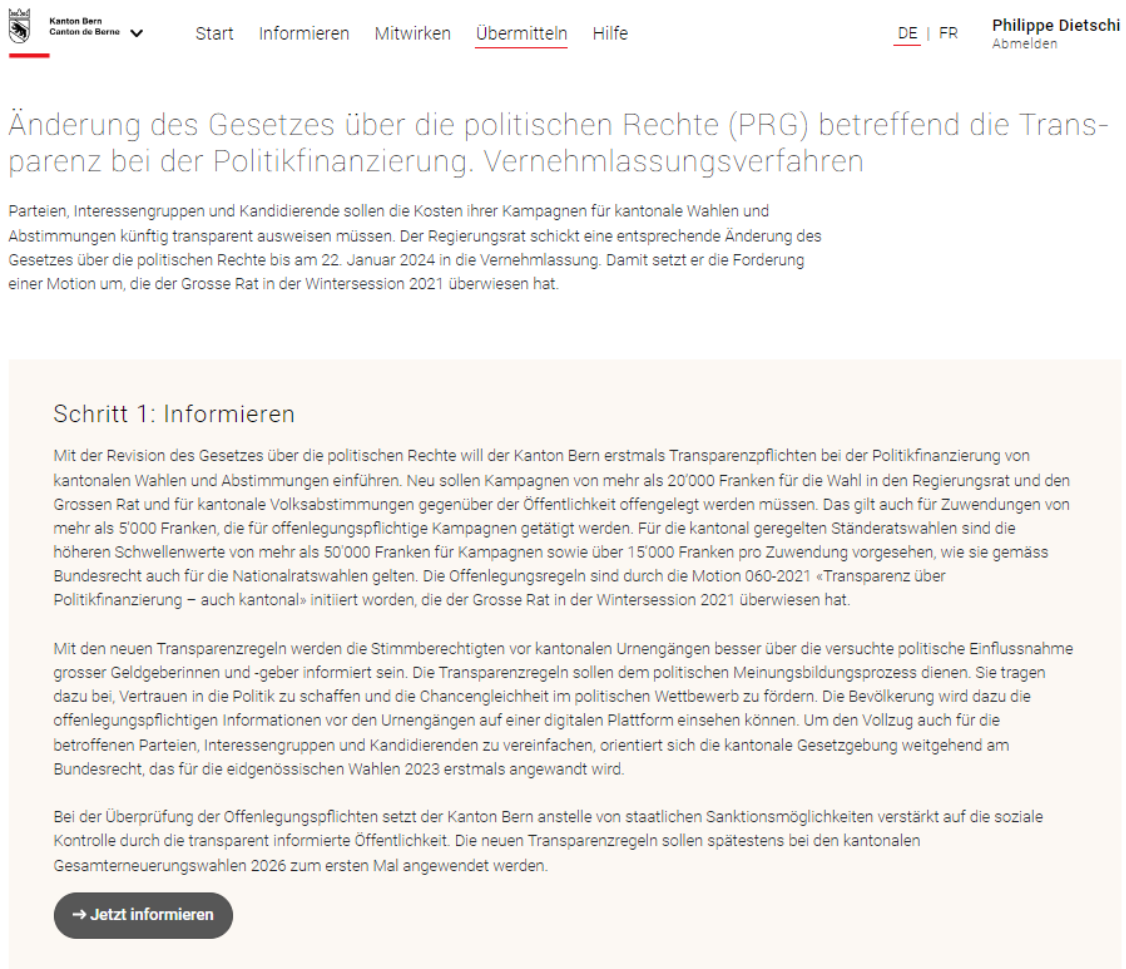


E-Mitwirkung konkret: Verbreitung und Einladung zur Stellungnahme



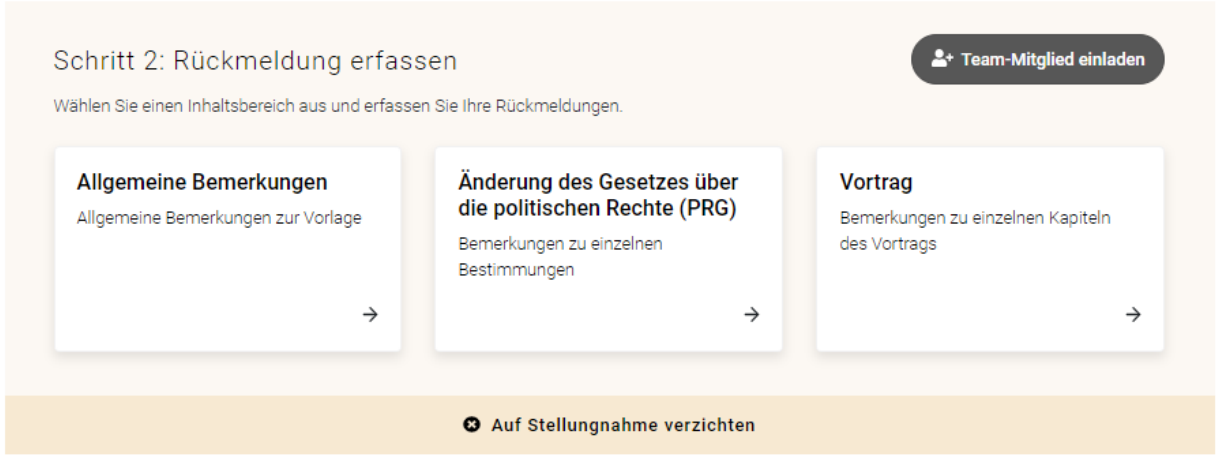
E-Mitwirkung konkret: Aufbau der E-Mitwirkung – 4 Schritte

Schritt 1: Informieren

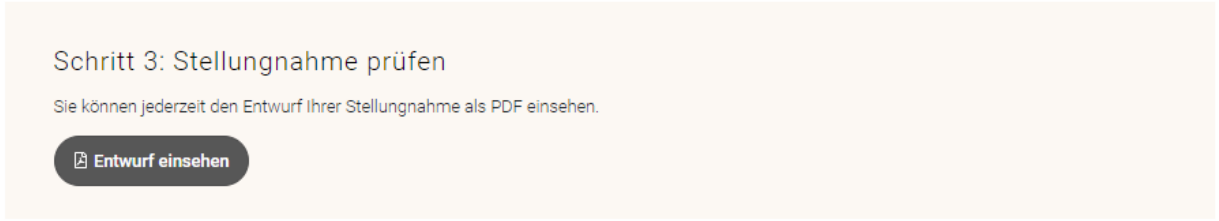


E-Mitwirkung konkret: Aufbau der E-Mitwirkung – 4 Schritte

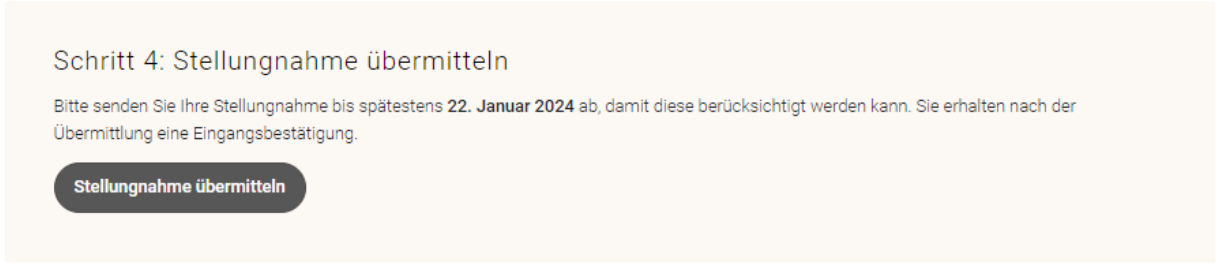
Schritt 2: Rückmeldung erfassen



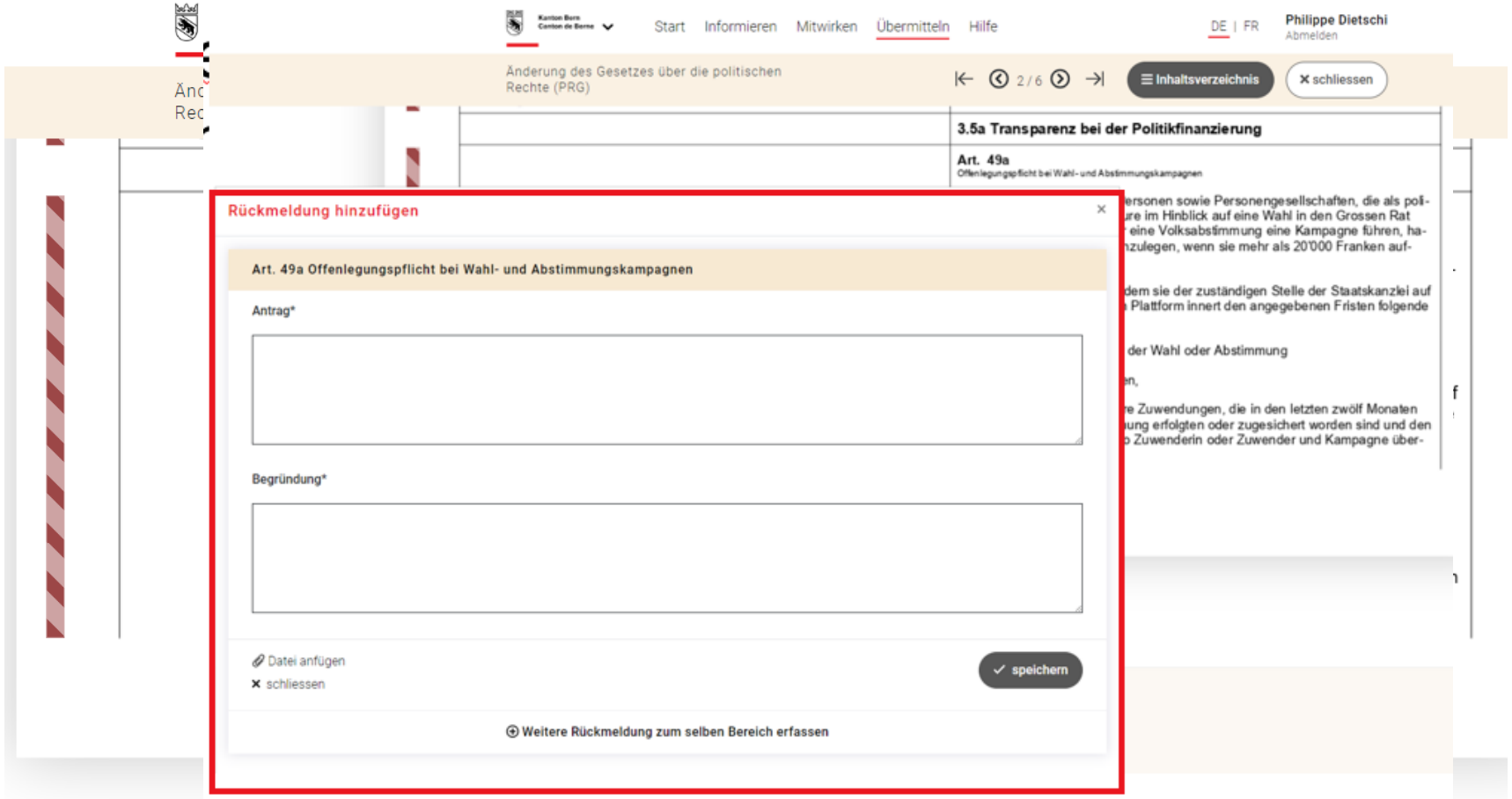
Schritt 3: Stellungnahme prüfen



Schritt 4: Stellungnahme übermitteln



z.B. Vernehmlassungs- und Konsultationsverfahren: Rückmeldungen zu Gesetzen und Verordnungen



z.B. Vernehmlassungs- und Konsultationsverfahren: Rückmeldungen zu Gesetzen und Verordnungen

Status	Teilnehmer/in	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung	Bemerkung
Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (PRG) / Art. 49a Offenlegungspflicht bei Wahl- und Abstimmungskampagnen 10					
●	Opendata.ch	Art. 49a Offenlegungspflicht bei Wahl- und Abstimmungskampagnen	Zahlungen von Zuwender:innen müssen kumulativ verstanden werden, d.h. gestückelte Zahlungen von gleichen Personen / Organisationen sind zu addieren und zu deklarieren, wenn der Gesamtwert den Schwellenwert übersteigt. Die Angaben müssen vor den Wahlen oder Abstimmungen offen gelegt werden. Nachträgliche Veröffentlichungen können keinen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten entfalten, was gegen den Sinn des Gesetzes wäre.	Es sollen möglichst wenig Umgehungsmöglichkeiten bestehen. Die Transparenz soll rechtzeitig hergestellt werden, damit Wahlentscheide in Kenntnis der Sachverhalte getroffen werden können.	=> Zu prüfen!

Erfahrungen: bei der Einführung

Digitalisierung als Prozess:

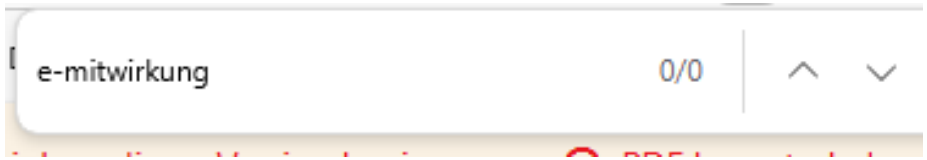
- Politischer Entscheid zur raschen Einführung für die Pilotphase 2023-2026
- Weiterentwicklungen dank den ersten Erfahrungen der Kantonsverwaltung und der Teilnehmenden

Digitalisierungsfreundliche Rechtsgrundlagen als Voraussetzung

Einschub: Rechtsgrundlagen der E-Mitwirkung

BSG 101.1 - Verfassung des Kantons Bern (KV)

vom 06.06.1993. in Kraft seit: 01.01.1995



4.5 Mitwirkung

Art. 64 Vernehmlassungen

[1] Das Recht, im Rahmen von Vernehmlassungen zu Verfassungs- und Gesetzesentwürfen sowie zu weiteren Vorhaben von allgemeiner Tragweite Stellung zu nehmen, steht allen offen.

[2] Die Stellungnahmen sind öffentlich zugänglich.

BSG 109.1 - Gesetz über die digitale Verwaltung (DVG)

vom 07.03.2022, in Kraft seit: 01.03.2023

Art. 5 Digitales Primat

[1] Die Behörden handeln, informieren und kommunizieren digital, ausser wenn sie ihre Aufgaben in dieser Form nicht wirksam erfüllen können.

Art. 8 Pflicht zum digitalen Verkehr mit Behörden

[1] Zum digitalen Verkehr mit Behörden sind verpflichtet:

a juristische Personen,

b natürliche Personen, die mit Behörden im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit verkehren,

c natürliche Personen, die Staatsbeiträge beantragen oder empfangen.

BSG 152.025 - Verordnung über das Vernehmlassungs- und das Mitberichtsverfahren (VMV)

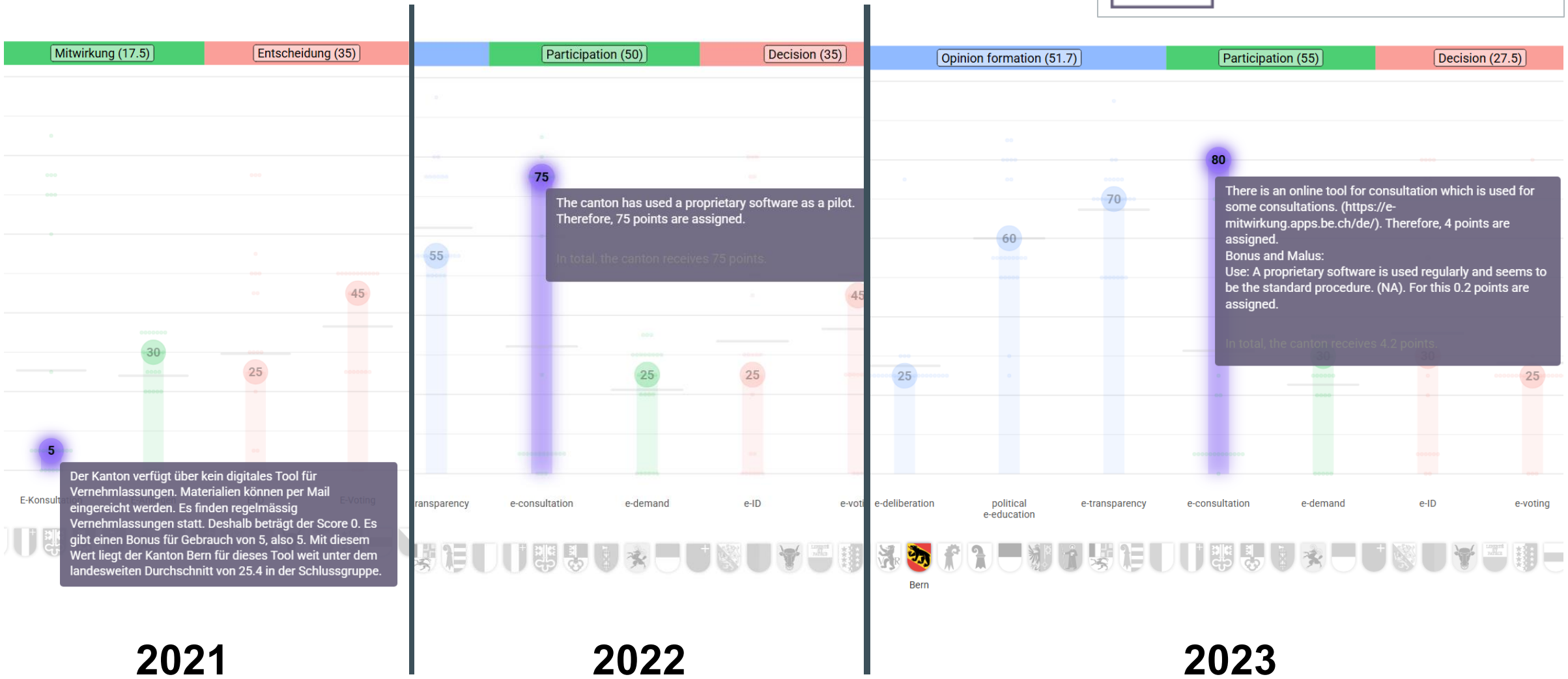
vom 21.12.2022, in Kraft seit: 01.02.2023

Erfahrungen: bei der Nutzung

- der Wissenschaft
- der Teilnehmenden
- der Kantonsverwaltung

Erfahrungen aus der Wissenschaft

DIGI PART INDX
Index digitale politische Partizipation
SCHWEIZ



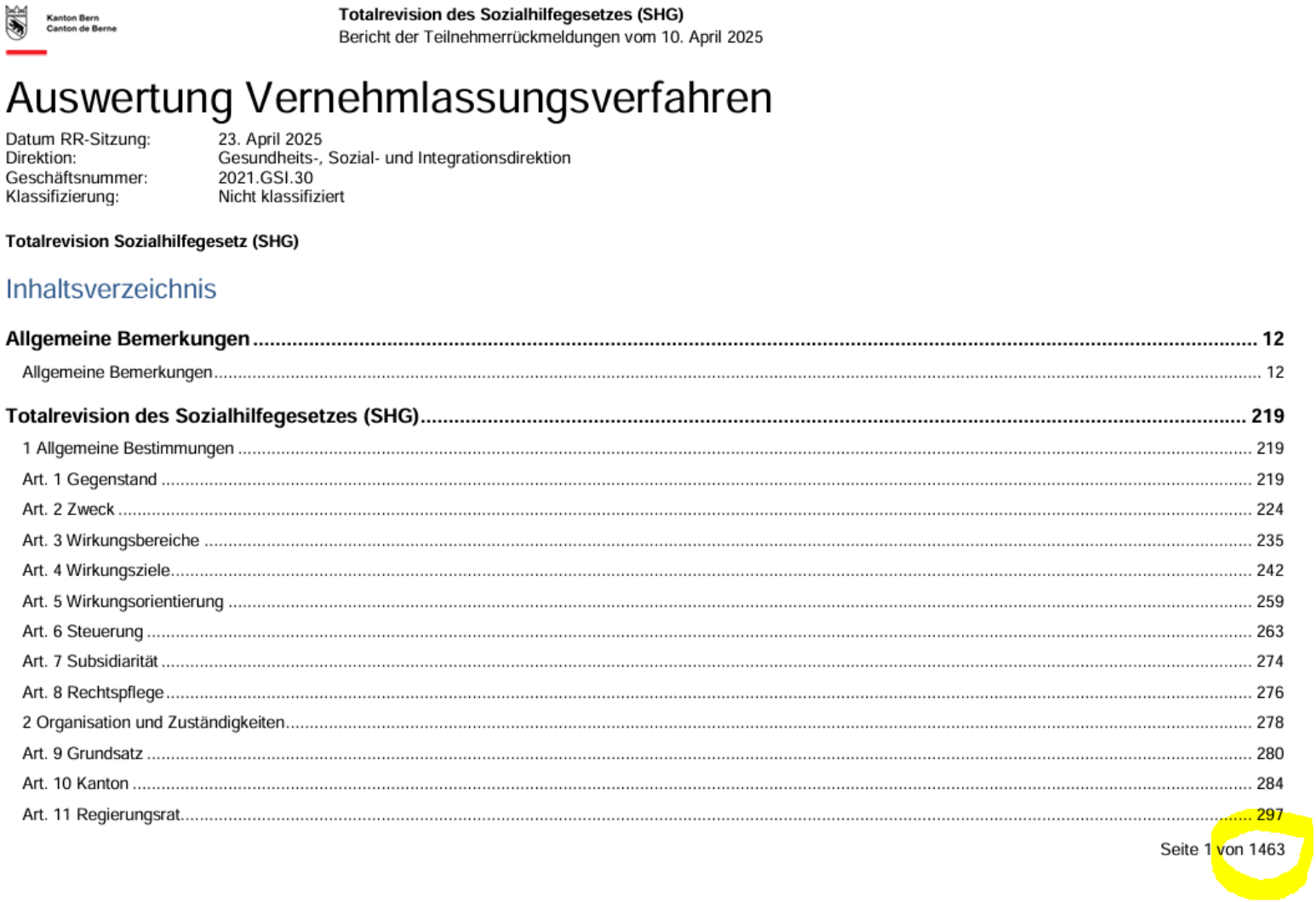
2021 **2022** **2023**

Erfahrungen der Teilnehmenden

Positive Rückmeldungen	Negative Rückmeldungen
• strukturierte Eingabe	• Erschwerung von themenübergreifenden Stellungnahme • Standardisierung bzgl. Eingabefelder (zu starr, Zwang zum Ausfüllen)
• Anwendungsfreundlich, praktisch • Gute Darstellung	• Nicht anwendungsfreundlich • Unklare Darstellung • Registrierungsprobleme
• grosse Vereinfachung/Aufwandreduktion	• Zusatzaufwand (insb. bei kurzen Rückmeldungen; Konflikte mit internen Prozessen)
• kollaboratives, zeitgleiches Bearbeiten	
• Hintergrundinformationen	

Zudem: Rückmeldungen als Anregungen zu bestimmten Funktionen (z.B. Texthervorhebung, Aufzählungszeichen) > laufende Weiterentwicklung

Erfahrungen der Kantonsverwaltung



Kanton Bern
Canton de Berne

Totalrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG)
Bericht der Teilnehmerrückmeldungen vom 10. April 2025

Auswertung Vernehmlassungsverfahren

Datum RR-Sitzung: 23. April 2025
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Geschäftsnummer: 2021.GSI.30
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Totalrevision Sozialhilfegesetz (SHG)

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen 12
Allgemeine Bemerkungen 12
Totalrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG) 219
1 Allgemeine Bestimmungen 219
Art. 1 Gegenstand 219
Art. 2 Zweck 224
Art. 3 Wirkungsbereiche 235
Art. 4 Wirkungsziele 242
Art. 5 Wirkungsorientierung 259
Art. 6 Steuerung 263
Art. 7 Subsidiarität 274
Art. 8 Rechtspflege 276
2 Organisation und Zuständigkeiten 278
Art. 9 Grundsatz 280
Art. 10 Kanton 284
Art. 11 Regierungsrat 297

Seite 1 von 1463

Erkenntnisse aus der digitalen Vernehmlassung

Zeitaufwand, Bedienbarkeit (Benutzerfreundlichkeit), Zugänglichkeit (Hürden)

technisch

Organisation der Abläufe innerhalb und ausserhalb der Verwaltung, Wissensmanagement

organisatorisch

⇒ E-Government

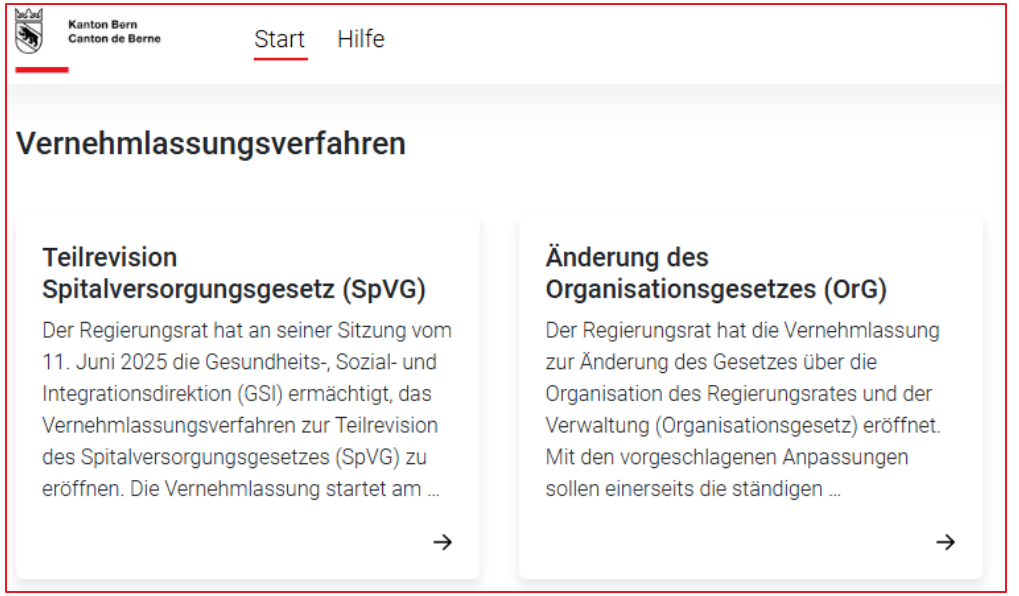
inhaltlich

Transparenz/Informationsvermittlung, Argumentationsmöglichkeiten, Kollaboration

⇒ E-Partizipation

	Chancen	Herausforderungen
technisch	• modernes Erscheinungsbild • einfachere Auswertung dank der Standardisierung	• hoher Erfassungsaufwand (z.B. Schnittstellenproblematik) • Technische Inkongruenz bzw. Konflikte mit internen Prozessen • Technische Hürden (z.B. beim Login oder der Auswertung)
organisatorisch	• Klarheit des Prozesses • orts- und zeitunabhängige Verfügbarkeit	• organisatorisch Inkongruenz bzw. Konflikte mit internen Prozessen • wiederholter Einarbeitungsaufwand / methodische Kompetenzen zur Strukturierung
inhaltlich	• gute Informationsmöglichkeiten / verständliche Themenvermittlung • Kollaborative Zusammenarbeit und Auswertung	• Inhaltliche Standardisierungshürden: eingeschränkte Äusserungsmöglichkeit • Geringe Teilnahmebereitschaft (hybride Rückmeldungen)

⇒ Zwischen der Vielfalt der Meinungen und der Einheit des Prozesses



Kanton Zürich

Gerne unterbreiten wir Ihnen den beiliegenden Entwurf und Bericht der STGK vom 17. Mai 2024 (KR-Nr. 442a/2020) zur Vernehmlassung. Wir laden Sie ein, uns Ihre Stellungnahme bis zum **Donnerstag, 31. Oktober 2024,** elektronisch an kanzlei.gsji@ji.zh.ch oder per Axioma-Schnittstelle zukommen zu lassen. Im Interesse einer einfachen und schnellen Auswertung bitten wir Sie, Ihre Stellungnahme direkt in das dafür vorgesehene Antwortformular einzutragen.

Wir laden Sie ein, uns Ihre Stellungnahme **bis spätestens 17. Juli 2025** über die Webapplikation «eVernehmlassung» oder alternativ per E-Mail an are.heimatschutzrecht@bd.zh.ch zukommen zu lassen. Wir bitten die Direktionen des Regierungsrates und die Staatskanzlei uns ihre Stellungnahme (zusätzlich) über die GEVER-Schnittstelle zu übermitteln.

Kontakt

Philippe Dietschi
Leiter Recht und Führungsunterstützung,
Staatskanzlei des Kantons Bern

philippe.dietschi@be.ch
+41 31 636 18 38